

Themen dieser Ausgabe

Neuer Leitender Bischof der VELKD besucht den Lutherischen Weltbund..... 3

Der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Gerhard Ulrich (Kiel) war zu einem ersten Besuch beim Lutherischen Weltbund in Genf...

LWB begrüsst Aufruf der UN zum Schutz von MenschenrechtlerInnen in Honduras 5

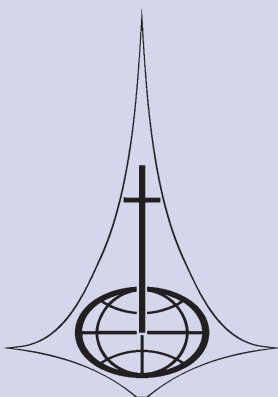
Der Lutherische Weltbund begrüsst einen vorläufigen Bericht der Vereinten Nationen über Menschenrechtsverletzungen in Honduras, der dringend zum Schutz der MenschenrechtlerInnen aufruft...

Honduranische Kirche fordert Untersuchung des schrecklichen Gefängnisbrandes 7

Die Christlich-Lutherische Kirche Honduras' hat sich schockiert und besorgt über die Brandkatastrophe im Zentralgefängnis Comayagua gezeigt und eine Untersuchung des Grossbrandes gefordert...

Langfristige Auswirkungen des Konflikts auf das Bildungssystem im Südsudan 11

Im Südsudan gibt es einen Bildungshunger, der überall, wo man hinkommt, spürbar ist. Junge Menschen nehmen Wege von mehreren hundert Kilometern auf sich, um die Schule oder Universität besuchen zu können...



Kolumbianische Kirche ist Gastgeberin der LWB-Ratstagung 2012



Kinder können dank eines Programms der IELCO-Gemeinde in Vida Nueva nach Schulschluss zusammen spielen. © LWB/P. Cuyatti

LWB-Rat tagt im Juni unter dem Thema „Gemeinsam für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt“

Genf (LWI) – „Gemeinsam für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt“ lautet das Thema der Ratstagung des Lutherischen Weltbundes (LWB), die vom 15.-20. Juni 2012 in Bogotá (Kolumbien) stattfinden wird. Gastgeberin der Tagung wird die Evangelisch-Lutherische Kirche Kolumbiens (IELCO) sein.

Seine Kirche freue sich sehr, den Rat des LWB in ihrem Land willkommen heissen zu dürfen, schrieb IELCO-Bischof Eduardo Martínez in einem Brief an das LWB-Leitungsgremium.

„Wir sehen es als unsere grösste Stärke an, Teil einer Konfessionsfamilie zu sein, die so weit verzweigt, so vielfältig und grossartig ist wie die weltweite lutherische Gemeinschaft. Zusammenkünfte wie die Ratstagung sind konkrete Zeichen der Gemeinschaft unter Lutheranern und Lutheranerinnen aus aller Welt“, erklärte er.

Der Rat ist das Leitungsgremium des LWB, das zwischen den Vollversammlungen tagt. Er setzt sich aus dem Präsidenten/der Präsidentin und 48 von der Vollver-

sammlung gewählten Personen sowie dem/der Vorsitzenden des Finanzausschusses zusammen, der/die vom Rat aus dessen Mitte oder von ausserhalb gewählt wird. Hinzu kommen BeraterInnen der Ratsausschüsse, die über Fachwissen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen verfügen. Dem Rat gehören Ordinierte und LaiInnen, Frauen, Männer und Jugendliche an.

Die Tagung in Bogotá wird die erste Tagung eines LWB-Leitungsgremiums in Lateinamerika seit 1990 sein, als die Achte Vollversammlung in Curitiba (Brasilien) stattfand.

Im Vorfeld der Ratstagung werden die Ratsmitglieder vom 12. bis 14. Juni Gelegenheit haben, im Rahmen von Besuchen und Begegnungen Einblick in Leben und Zeugnis der IELCO zu gewinnen, die in sehr unterschiedlichen Bereichen tätig ist: Projekte zur Unterstützung von Binnenvertriebenen und Menschen mit Behinderungen; ökume-

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt

Communio

- 1, 3Kolumbianische Kirche ist Gastgeberin der LWB-Ratstagung 2012
- 3.....Neuer Leitender Bischof der VELKD besucht den Lutherischen Weltbund
- 4.....Salvadorianische Kirche fordert neues Friedensabkommen zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Unrecht
- 5.....LWB begrüsst Aufruf der UN zum Schutz von MenschenrechtlerInnen in Honduras
- 6.....LWB gratuliert palästinensischem lutherischen Pfarrer Raheb zu Deutschem Medienpreis
- 7.....Honduranische Kirche fordert Untersuchung des schrecklichen Gefängnisbrandes
- 7.....„Von möglicher Verarmung zu Samenkörner der Nachhaltigkeit“

Features & Themen

Schwerpunkt auf Situation im Südsudan

10Behandlung von Symptomen und Ursachen

- 11 Langfristige Auswirkungen des Konflikts auf das Bildungssystem im Südsudan

Kurznachrichten

- 2.....Südsudan: LWB unterstützt Gemeinden dabei, nachhaltige Lebensgrundlagen zu sichern

Regionalteil EuropaI-IV

Südsudan: LWB unterstützt Gemeinden dabei, nachhaltige Lebensgrundlagen zu sichern

Es gibt eine allgemeine Regel, nach der ein Mensch drei Minuten ohne Luft, drei Tage ohne Wasser und drei Wochen ohne Nahrung leben kann. Bei der Bewältigung von Katastrophen, in denen Menschen alles verloren haben, bestimmt diese Dreierregel die Prioritäten bei den Hilfeinsätzen.

Hilfsgüter wie Decken, Schlafmatten, Kanister, Seife und Kochgeschirr retten keine Leben, aber sie helfen Familien, die alles verloren haben, wieder Fuss zu fassen. Der Lutherische Weltbund (LWB) hat nach der jüngsten Welle der Gewalt im Bundesstaat Jonglei im Südsudan verschiedene Hilfsgüter verteilt.

Bei deren Transport kann viel schief gehen. Strassen mit tiefen Schlaglöchern, eine schwerfällige Bürokratie und ungünstige Wetterbedingungen können Hilfstransporte aufhalten oder ganz stoppen.

Durch die Abteilung für Weltdienst (AWD) arbeitet der LWB schon seit den 1970er Jahren mit den SüdsudanInnen

zusammen. Anfangs hat er sich an einer Luftbrücke beteiligt, dank der Lebensmittel und andere Hilfsgüter in die Region gebracht wurden, sowie an Hilfsprogrammen für Flüchtlinge in den Nachbarstaaten.

In jüngerer Vergangenheit hat der LWB so genannte „verlorene Jungen und Mädchen“ in den von ihm geführten Flüchtlingslagern unterstützt und bei der Wiederansiedelung von Flüchtlingen im Sudan wie in anderen Ländern mitgearbeitet. Aktuell konzentrierte sich die Zusammenarbeit darauf, Gemeinwesen im Südsudan bei Aktivitäten zum Aufbau von nachhaltigen Lebensgrundlagen zu unterstützen.

Die Feature-Artikel dieser LWI-Ausgabe zeigen auf, welche Bedeutung Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinschaften für langfristige Entwicklung haben und geben einen Einblick in die Arbeit des LWB im Südsudan - darunter Frieden schaffende und Ausbildungsprogramme.

Lutherischer Weltbund –
eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2
Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Kommunikationsleiterin
Heidi Martinussen
hpm@lutheraanworld.org

Englische Ausgabe
Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe
Herausgegeben durch das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) im Auftrag des LWB

Layout
Stéphane Gally
sga@lutheranworld.org

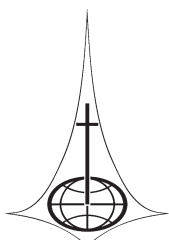
Foto
Helen Putsman-Penet
hpu@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement
Colette Muanda
cmu@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder.

Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.



Kolumbianische Kirche ist Gastgeberin der LWB-Ratstagung 2012

Fortsetzung von Seite 1

nische Begleitung in Konfliktregionen; Frieden und Gerechtigkeit; Bildungsarbeit; Inklusion von Frauen und Jugendlichen; Menschenrechte von HIV-Infizierten und AIDS-Kranken.

Das Gremium leitender AmtsträgerInnen des LWB und der Ausschuss für ganzheitliche Mission und die Beziehungen zu den Mitgliedskirchen werden vor den eigentlichen Sitzungen des Rates tagen. Ferner werden im Vorfeld der Ratstagung eine Frauen- und eine Jugendtagung stattfinden.

Auf der Tagesordnung des Rates stehen die Ansprache des Präsidenten, der Bericht des Generalsekretärs sowie der Bericht der Finanzausschuss-

vorsitzenden. Am 17. Juni werden die Teilnehmenden an Gottesdiensten in Ortsgemeinden teilnehmen.

Mitglieder des Ausschusses für Weltdienst werden vor und nach der Ratstagung Projekte der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) besuchen. Die AWD ist seit 2001 in Kolumbien tätig. Sie führt Programme im Bereich der humanitären Hilfe, der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung durch, mit dem Ziel, die Ursachen der Armut zu bekämpfen und gerechte, gewaltfreie Alternativen zum bewaffneten Konflikt aufzuzeigen.

LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge, ein chilenischer Theologe, erklärte, der kolumbianische Kontext,

der immer noch von Konflikten, Gewalt und Ungerechtigkeit geprägt sei, biete sehr gute Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit der Frage, was es bedeute und was dazu gehöre, eine Gemeinschaft zu sein, die sich zu einem gemeinsamen Leben und gemeinsamer Arbeit für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt bekenne.

„Der LWB versteht seine Ratstagung in Kolumbien als konkreten Beitrag zum Programm für ökumenische Begleitung in Kolumbien, das der Lateinamerikanische Kirchenrat (CLAI) und der Ökumenische Rat der Kirchen im Oktober 2011 gestartet haben“, betonte er.

Die IELCO trat dem LWB 1966 bei und hat 1.998 Mitglieder.

15. Februar 2012

Neuer Leitender Bischof der VELKD besucht den Lutherischen Weltbund

Ulrich und Junge bekräftigen die Zusammenarbeit von Weltbund und Regionen

Hannover/Genf (LWI) – Der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Gerhard Ulrich (Kiel) war zu einem ersten Besuch beim Lutherischen Weltbund (LWB) in Genf. In den Gesprächen mit Generalsekretär Pfr. Martin Junge standen die Arbeit des LWB sowie die gemeinsamen und aufeinander abgestimmten Vorbereitung auf das Reformationsjubiläum 2017 auf der Tagesordnung. Mit seinem Besuch, der bereits zwei Monate nach seiner Wahl zum Leitenden Bischof stattfand, unterstrich Ulrich die engen Beziehungen zwischen der VELKD und dem LWB. Ulrich ist in Personalunion Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees des LWB (DNK/LWB).

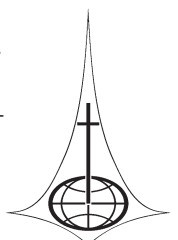
Der Leitende Bischof und der Generalsekretär betonten die Bedeutung der gemeinsamen Vorbereitungen auf das Reformationsjubiläum 2017, die im international ausgerichteten Lutherzentrum in Wittenberg stattfinden. Mit den international besetzten Seminaren sowie mit dem Projekt Luthergarten komme die Verbundenheit



LWB-Generalsekretär und Leitender Bischof der VELKD Gerhard Ulrich © LWB/T. Miller

der lutherischen Kirchen weltweit zum Tragen. Wittenberg sei ein „wesentlicher Ort für lutherische Christen in der ganzen Welt“, so Junge. Bei einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, sei ihm zudem das Interesse des Landes an der Arbeit des LWB

in Wittenberg signalisiert worden. In Wittenberg werde deutlich, dass der LWB sich für die Arbeit in den Regionen engagiere so wie umgekehrt die Regionen einen unverzichtbaren Bestandteil für den LWB darstellen. Das Deutsche Nationalkomitee sei als Repräsentant des LWB in Deutsch-



land zu verstehen. Als Zeichen der Zusammenarbeit der VELKD und des LWB überreichte Ulrich eine englischsprachige Fassung der Visitationsstudie der VELKD an Junge.

Ein Schritt auf dem Weg zum Reformationsjubiläum sei eine in Vorbereitung befindliche Publikation des LWB und des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen im Blick auf 2017, berichtete Junge. Darin werde unter dem Stichwort „Heilung der Erinnerungen“ erstmals ein ökumenischer Blick auf die Reformation formuliert. Junge zufolge komme hierin zum Ausdruck, „dass lutherische Theologie vom Ansatz her ökumenisch ausgerichtet ist“. Laut Bischof Ulrich komme es zudem darauf an, 2017 nicht als Schlusspunkt zu sehen. „Alles, was wir jetzt theologisch entwickeln, muss über das Jubiläumsjahr hinaus Bedeutung haben.“ Der besondere Beitrag der lutherischen Kirchen werde darin liegen, auch für die Jahre nach dem

Jubiläum theologisch verantwortete Impulse in die Gesellschaft zu geben.

Junge wies darauf hin, dass für Oktober diesen Jahres eine LWB-Konsultation für mehr als 40 Vertreter weltweiter lutherischer Ausbildungsstätten in Wittenberg in Vorbereitung sei. Dabei werde es um ein besseres wechselseitiges Verständnis und die stärkere Vernetzung theologischer Ausbildungsstätten sowie um die heutigen Herausforderungen an die theologische Ausbildung gehen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Gespräche zwischen Ulrich und Junge lag auf dem diakonischen Engagement des LWB im kenianischen Flüchtlingslager Dadaab. „Ich bin dankbar und habe großen Respekt vor der Arbeit des Weltdienstes des LWB in dieser Region“, sagte Ulrich. „In Dadaab wird nicht nur ein hohes Maß an professioneller Organisation deutlich, sondern es zeigt sich hier ganz klar die Option für die Armen, für

die der LWB steht.“ Damit leiste die lutherische Weltgemeinschaft einen sichtbaren Dienst für die Hoffnung auf Zukunft in Krisengebieten. „Wo Hilfe wie in Dadaab geschieht, ist die lutherische Kirche ganz bei der Sache“, unterstrich Ulrich. Das Flüchtlingslager im nordöstlichen Kenia wird im Auftrag des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) vom LWB betrieben. Derzeit haben dort über 450.000 Menschen Zuflucht gefunden.

Die Unterredung zwischen Generalsekretär Junge und Bischof Ulrich wurde durch Gespräche mit Programmdirektoren des LWB aus den Bereichen Mission und Entwicklung, Theologie und Studien sowie Weltdienst ergänzt.

Berichterstattung für VELKD und LWI von Oberkirchenrat Dr. Eberhard Blanke, VELKD- und DNK/LWB-Pressesprecher.

16. Januar 2012

Salvadorianische Kirche fordert neues Friedensabkommen zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigem Unrecht

Zwanzig Jahre danach: Unsicherheit, Gewalt und Armut halten an

Genf (LWI) – Die Salvadorianische Lutherische Kirche begrüßte die offiziellen Feierlichkeiten der Regierung anlässlich des 20. Jahrestages des Friedensabkommens, das den Bürgerkrieg im Land beendet hatte, rief jedoch zu einem neuen Abkommen auf, das das Land zu Frieden und Gerechtigkeit führen möge.

In einem offenen Brief vom 16. Januar an den Präsidenten El Salvadors, Mauricio Funes, schrieb der lutherische Bischof Medardo E. Gómez Soto, dass der Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens, das den zwölfjährigen Bürgerkrieg 1992 beendete, dem Land eine Gelegenheit biete, das Augenmerk auf die Unsicherheit, Gewalt, Armut und Ungerechtigkeit zu lenken, die heute vorherrschen.

„Die letzten zwanzig Jahre waren nicht vergeblich. Es gab Veränderungen und Anzeichen von Fortschritten auf dem Weg vom Wahnsinn zur Hoffnung. Heute sind die Bedingungen zur



*Bischof Medardo E. Gómez Soto
© LWB/AWD-Mittelamerika/M. Boulogne*

Erneuerung der Verpflichtung günstig“, erklärte der lutherische Bischof.

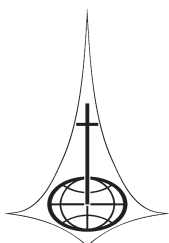
Gómez veröffentlichte den Brief an demselben Tag, an dem Präsident Funes nach El Mozote im Verwal-

tungsbezirk Meanguera reiste, um für das dort im Dezember 1981 von der Armee verübte Massaker, bei dem Tausende wehrlose Bauern und Bäuerinnen getötet wurden, um Vergebung zu bitten.

Dutzende Kinder waren damals in einem Kloster eingeschlossen, als Soldaten den Ort mit Flammenwerfern und Granaten angriffen. Und während in El Mozote später mehrere Massengräber gefunden wurden, wurden die für die Verbrechen Verantwortlichen wurden niemals vor Gericht gestellt.

Kirchen legen Zeugnis ab

In seinem offenen Brief erklärte Gómez weiterhin, dass die Friedensarbeit der Kirchen eine glaubensgemässe Antwort auf den Ruf der alttestamentlichen Propheten und den Auftrag Jesu war, den Armen die frohe Botschaft zu bringen. Die Kirchen des Landes rich-



teten einen gemeinsamen Hilfsdienst für Opfer des Bürgerkriegs ein.

„Dies war eine spontane Reaktion auf den Aufschrei unseres Volkes, dessen Blut vergossen wurde, auf den Aufschrei der Menschen, die hungrig, durstig, verfolgt, eingesperrt oder ins Exil verbannt waren, die im Sterben lagen, als Opfer des durch den Krieg verstärkten Unrechts“, sagte der lutherische Bischof.

„Konfrontiert mit dem Leiden unseres Volkes lernten die Kirchen, ökumenisch zu sein; wir waren fähig, Zeugnis abzulegen und in Leid und Hoffnung gemeinsam unterwegs zu sein. Gemeinsam auf das Leiden unseres Volkes zu antworten, war wichtiger als die Differenzen zwischen den Kirchen“, führte er aus.

Die Kirchen organisierten das Ständige Komitee für Nationale Friedensgespräche, das bedeutend zu dem Gesprächsprozess beitrug, der

den Bürgerkrieg beendete und zum Unterzeichnen des Friedensabkommens führte. Die Salvadorianische Lutherische Kirche beteiligte sich aktiv an diesem Prozess und leistete verschiedene Beiträge.

Die Bemühungen der Kirchen wurden vom Lutherischen Weltbund (LWB), dem Ökumenischen Rat der Kirchen und anderen internationalen Organisationen sowie von den Kirchen aus Dänemark, Finnland, Deutschland, Norwegen und Schweden unterstützt.

Pfarrerin Dr. Patricia Cuyatti, LWB-Gebietsreferentin für Lateinamerika und die Karibik, sagte, der LWB befürworte den Aufruf der Salvadorianischen Lutherischen Kirche zu einem erneuerten Abkommen zu diesem gegebenen historischen Zeitpunkt und rufe die verschiedenen Akteure im Land dazu

auf, ihr Verständnis von Frieden und Gerechtigkeit zu überdenken.

Die salvadorianische Kirche „trägt zum Aufbau eines sozialen Friedens bei, der auf Gottes Gnade und Liebe gründet, welche Grundlage jedes Versöhnungs- und Heilungsprozesses sein müssen“, sagte Cuyatti.

„In Anbetracht der Eroberungsgeschichte, des Krieges, des Militarismus und der vielen Verluste sind Verantwortlichkeit und gerechter Frieden grundlegende Anliegen der Mitgliedskirchen, die gemeinsam mit dem LWB-Büro der Kirchengemeinschaft daran arbeiten, Handlungsweisen zu fördern, die Frieden zum Ausdruck bringen“, fügte sie hinzu.

Die 20 000 Mitglieder umfassende Salvadorianische Lutherische Kirche trat dem LWB im Jahr 1986 bei.

25. Januar 2012

LWB begrüsst Aufruf der UN zum Schutz von MenschenrechtlerInnen in Honduras

Lateinamerikas Kirchen bauen Netzwerk für Menschenrechte auf

Tegucigalpa (Honduras)/Genf (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) begrüsst einen vorläufigen Bericht der Vereinten Nationen über Menschenrechtsverletzungen in Honduras, der dringend zum Schutz der MenschenrechtlerInnen aufruft, die sich Morddrohungen, aussergerichtlichen Hinrichtungen, Entführungen und Folter ausgesetzt sehen.

„Wir begrüssen den vorläufigen Bericht der UN-Gesandten“, sagte Eva Ekelund, Gebietsreferentin der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Mittelamerika. „Die gegenwärtige Situation ist von fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen geprägt.“

Die UN-Sonderberichterstatterin Margaret Sekaggya sagte am 14. Februar in Tegucigalpa, dass Honduras vor ernststen Herausforderungen in der Bekämpfung von Gewalt und Unsicherheit stehe. „Die weit verbreitete Straffreiheit und der Mangel an wirksamen Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen

untergraben die Rechtsprechung und beschädigen das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Behörden.“

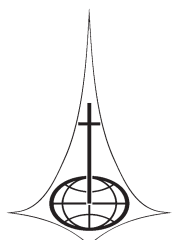
Zu den Bedrohten gehören JournalistInnen, Mitarbeitende der Nationalen Menschenrechtskommission, JuristInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen sowie MenschenrechtlerInnen und Personen, die sich für Umweltsachen und Landbesitzrechte engagieren, sagte

die mit der Überprüfung der Lage der MenschenrechtlerInnen beauftragte unabhängige UN-Expertin am Ende einer achttägigen Dienstreise im Land. Ihr abschliessender Bericht wird 2013 veröffentlicht werden.

Im August 2011 hatte der LWB angesichts der Gewalt im Zusammenhang mit Landbesitzfragen zur Einrichtung eines Büros des Hochkommissariats



Mitglieder des Nationalen Leitungsrates der Christlich-Lutherischen Kirche Honduras, KoordinatorInnen der kirchlichen Arbeit und weitere Führungspersonen beten während einer Tagung Anfang Februar für Frieden. © Bessy Vargas



für Menschenrechte in Honduras aufgerufen. LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge sagte, dass durch das UN-Büro gewährleistete Kontrollen von der Anwendung von Gewalt abschrecken würden.

Ralston Deffenbaugh, Stellvertreter LWB-Generalsekretär für Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte, unterstrich, dass weiterhin die Notwendigkeit einer UN-Präsenz in Honduras bestehe. „Tötungen und andere Menschenrechtsverletzungen finden ungestraft statt. Es gibt keine ausreichenden Untersuchungen. Es gibt keine unabhängigen internationalen Beobachterinnen oder Beobachter“, sagte er.

Kirchen und Menschenrechtsorganisationen berichten, dass in den letzten zwei Jahren Ermordungen von LandarbeiterInnen in Bajo Aguán Teil eines grausamen Alltags geworden seien.

Matias Valley, der am 20. Januar von zwei maskierten Männern erschossen wurde, war das 45. Opfer einer Kooperative, das im Landstreit in Aguán umgebracht wurde. „Was in Honduras geschieht, wird dem organisierten Ver-

brechen und Drogenhandel zugeschrieben, aber die Täter sind Streitkräfte und Polizei“, sagte Diego Almedo (Name geändert), der unter Lebensgefahr über die Menschenrechtsverletzungen in der Region berichtet.

Laut der Nationalen Autonomen Universität in Honduras ist Honduras – mit 82 Toten je 100.000 EinwohnerInnen – eines der Länder mit der höchsten Gewalttate weltweit.

Die Situation in Aguán rührt von der Agrarreform von 1972 her, als die honduranische Regierung einem Grossgrundbesitzer Land zugesprochen hatte. Die LandarbeiterInnen haben sich seither zusammengeschlossen, um ihr Land zurückzuverlangen. Als Reaktion darauf stationierte die Regierung 600 PolizistInnen und Militärs in der Region.

Ein kürzlich erstellter Bericht der AWD über die Menschenrechtssituation in Honduras warnt, dass die Lage insgesamt und insbesondere in Bajo Aguán, „alarmierend“ sei und dass „Anlass zu grosser Besorgnis über den drohenden Verlust vieler Menschenleben“ bestehe.

Ekelund sagte, dass die AWD weiterhin mit den bestehenden Netzwerken arbeiten werde, um MenschenrechtlerInnen Schutz und Zuflucht zu bieten.

Pfarrerinnen Dr. Patricia Cuyatti, LWB-Gebietsreferentin für Lateinamerika und die Karibik in der Abteilung für Mission und Entwicklung, sagte, dass die LWB-Mitgliedskirchen der Region dabei seien, ein Netzwerk zur Überwachung der Menschenrechtsverletzungen aufzubauen.

„Ein UN-Büro in Honduras wird die Arbeit der staatlichen Institutionen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, zu denen auch die Kirchen gehören, unterstützen“, sagte sie.

Deffenbaugh erklärte, die Stimme der Kirchen sei gerade in der jetzigen Situation wichtig. „Gemeinsam mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft rufen die Kirchen zum Respekt der Menschenrechte und -würde sowie zum Beenden der Straffreiheit auf“, sagte er.

23. Februar 2012

LWB gratuliert palästinensischem lutherischen Pfarrer Raheb zu Deutschem Medienpreis

Junge lobt Unterstützung der Kirche im Heiligen Land für friedensbildende Einrichtungen

Genf (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat dem palästinensischen lutherischen Pfarrer Dr. Mitri

Raheb anlässlich der Verleihung des Deutschen Medienpreises 2011 Glückwünsche ausgesprochen. Der

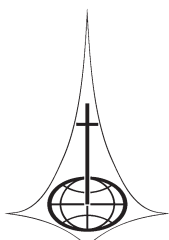
Preis sei eine Anerkennung seiner persönlichen Friedensbemühungen und die seiner Kirche, sagte LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge.

Raheb ist Pfarrer der evangelisch-lutherischen Weihnachtskirche in Betlehem, einer Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELKJHL). Er ist einer der vier Gewinner des prestigeträchtigen Preises, der am 24. Februar in Baden-Baden (Deutschland) verliehen wurde.

„Der Deutsche Medienpreis ist eine Anerkennung nicht nur Ihres persönlichen Engagements und Ihrer Leidenschaft für Gerechtigkeit, er ist auch eine Bestätigung Ihrer Herangehensweise und die der ELKJHL an die komplizierten Herausforderungen, Einrichtungen aufzubauen, die das



Dr. Mitri Raheb, Pfarrer der ELKJHL, hält eine Dankesrede nachdem er in Baden-Baden den Deutschen Medienpreis 2011 erhalten hat. © media control





Ungarn: Drei Fragen an Bischof Dr. Tamás Fabiny „Weder rechte noch linke Politiker können Kirchen klassifizieren“

In Ungarn ist zum 1. Januar 2012 das neue Kirchengesetz in Kraft getreten. Nach einigem Durcheinander sind nun vierzehn Konfessionen vom Parlament offiziell als „Kirchen“ registriert. Die LWI druckt drei Fragen zu diesem Thema an Dr. Tamás Fabiny ab, dem Bischof der Norddiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn.



Bild: ELKU

Was sagen Sie dazu, dass das im Juli beschlossene Kirchengesetz rund zwei Wochen vor seiner Inkraftsetzung von der Regierungsmehrheit außer Kraft gesetzt wurde und am letzten Arbeitstag des Jahres 2011 inhaltlich praktisch unverändert doch wieder beschlossen wurde? Damit gibt es nach offizieller Gesetzeslage mit Wirkung vom 1. Januar nur noch vierzehn statt mehr als 300 offiziell anerkannte Kirchen. Was wäre Ihrer Ansicht nach die optimale oder reale Anzahl?

Bisher war die Regelung zu liberal und führte zu erheblichem Missbrauch. Wenn man einhundert Leute zusammenbekam, konnte man schon eine Kirche gründen. Die finanzielle Unterstützung – die sogenannten Normativen –, die den Kirchen zuteil wurde, waren attraktiv. So lief beispielsweise ein Tierheim offiziell unter dem Begriff „Kirche“. Und in einem anderen Fall wurden Fahrradketten als Devotionalien geführt. Eine Neuregelung war also notwendig. Doch die gegenwärtige Regelung ist das andere Extrem. Die gegenwärtige Verengung betrifft ja noch nicht mal vierzehn Konfessionen, sondern eigentlich nur acht, da fünf orthodoxe und drei jüdische Gemeinschaften als Kirchen anerkannt wurden.

Bestimmte Politiker, die kleinen Kirchen nahe stehen, sowie linksliberale Medienvertreter haben nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die geschichtlichen Kirchen scharf kritisiert, dass sie zu dem neuen Gesetz ihren Namen gegeben haben und aus Eigennutz keine Solidarität mit denen üben, die im „privilegierten“ Kreis fehlen. Sind Sie nun zwischen die Fronten geraten?

Als Sachverständige waren wir tatsächlich Teil jenes Prozesses, in dem die neuen rechtlichen Ordnungen vorbereitet wurden. Doch die gemeinsam erarbeitete Version wurde im letzten Augenblick ohne Rücksprache mit den Kirchen maßgeblich verändert. Damit haben auch wir den Text des beschlossenen Gesetzes überrascht zur Kenntnis genommen. Ich selbst habe mit Skepsis wahrgenommen, dass das Parlament berechtigt ist über den Eintrag von Kirchen zu entscheiden, da dies die ganze Sache unvermeidlich durchpolitisiert. Noch vor dem Rückzug des Gesetzes vor Weihnachten und des kürzlichen Neubeschlusses schrieb die Leitung der reformierten und der evangelisch-lutherischen Kirche einen Brief an den Fraktionsvorsitzenden János Lázár (Fidesz) mit der Bitte um Erweiterung des Kreises der registrierten Kirchen.

Sorgt nicht gerade das für viel Unruhe, Medienkrawall und mehrfache Angriffe, dass bei der allgemeinen Einschätzung einzelner Konfessionen kirchliche und politische Aspekte und Interessen vermischt werden?

Gott schütze die Kirchen davor, dass Parteien nach eigenem Geschmack und Gutdünken Unterschiede zwischen ihnen machen. Das ist nicht Aufgabe der Politik. Weder rechte noch linke Politiker können Kirchen klassifizieren. Ich muss nicht mit jeder Kirche einverstanden sein, aber deshalb ziehe ich doch noch nicht ihr Recht in Frage, bestehen und öffentlich lehren zu dürfen. Selbiges denke ich über die bei uns bestehenden Gemeinschaften der Weltreligionen, etwa über die Muslime oder die Buddhisten.

Auszug aus einem Gespräch mit Sándor Faggyes, erschienen in Magyar Hírlap

Weitere Fragen des Interviews finden Sie im Deutschsprachigen Nachrichtendienst der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Ungarn unter:

www.dnk-lwb.de/lwi05

In zwei Welten zu Hause

Tansanische Juristin ist Menschenrechtsreferentin bei Mission EineWelt

Sie ist jung, international erfahren und kommt aus Afrika: Die Rede ist von Aneth Lwakatare, der neuen Menschenrechtsreferentin bei Mission EineWelt. Die 26-jährige Juristin ist Ansprechpartnerin für Fragen wie Landrechte, Aidsbekämpfung oder menschenwürdige Produktionsbedingungen in der Bekleidungsindustrie. Dazu wird sie vor allem auch Vorträge und Workshops für Schulen und Gemeinden in der Eine-Welt-Station Nürnberg halten.



Bild: Jentsch/ Mission EineWelt

„Für unseren Lebensstil bezahlen Menschen, auch in Tansania, mit unmenschlichen Arbeitsbedingungen oder verlieren ihr Land“, unterstreicht Dr. Jürgen Bergmann, Leiter des Referats „Entwicklung und Politik“ bei Mission EineWelt. Deshalb sei bewusst eine Fachperson für Menschenrechtsfragen aus einer der Partnerkirchen gesucht worden.

Weil sie einen guten Teil ihrer Kindheit im Ruhrgebiet verbracht hat, spricht die junge Juristin fließend Deutsch. Auch fühlt sie sich in Franken nicht fremd, wenngleich „die Leute im Ruhrgebiet doch anders sprechen“. Aber freundlich und aufgeschlossen, nickt sie, das seien sie hier schon.

Aneth Lwakatare ist in zwei Welten zu Hause. Das hat sie ihren Eltern zu verdanken. Ihr Vater

arbeitete als Pfarrer für die Vereinigte Evangelische Mission in der Nähe von Recklinghausen. Dort lernte die kleine Aneth lesen und schreiben und besuchte zwei Jahre das Gymnasium. „Wir Kinder sprachen Deutsch, auch wenn unsere Eltern sich in ihrer Kihaya-Sprache unterhielten“, erinnert sie sich. Zurück in Tansania musste sie erst einmal ordentlich Suaheli und dann – für die Internatsschule – auch Englisch lernen.

In Iringa studierte sie nach dem Abitur Rechtswissenschaften und arbeitete anschließend für eine Nichtregierungsorganisation. Dort beriet sie zum Beispiel Witwen, denen die Verwandten ihr Hab und Gut streitig machten, oder leistete rechtlichen Beistand vor Gericht. „Die Rechtsprechung ist komplett auf Englisch, das verstehen die meisten Menschen nicht“, sagt sie.

Nach ihrem Postgraduierten-Diplom in Darressalam zog es Aneth Lwakatare wieder nach Europa. Beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf hat sie in einem Jahr nicht nur fließend Französisch gelernt, sondern sich vor allem mit internationalen Menschenrechtsfragen beschäftigt. Daher rührt auch ihr großes Interesse: „Ich will die Leute unterstützen, dass sie sich selbst besser helfen können und sich ihrer Rechte bewusst werden.“

Zurück in ihrer Heimat Tansania arbeitete die Juristin für eine deutsche Firma und für die Kirchenzentrale der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Arusha. Dort übernahm sie Workshops zu Frauen- und Kinderrechten, Land- und Umweltfragen. Und sie erarbeitete verständliche juristische Handreichungen in Suaheli, die Pfarrer und Evangelisten in ihren Gemeinden verwenden können.

Die Stellenausschreibung fürs ferne Deutschland fiel ihr zufällig ins Auge. Der unscheinbare Aushang an der Pinnwand des Kirchenbüros enthielt keinen Bewerbungsschluss. Sie erkundigte sich und erfuhr, dass genau noch zwei Tage blieben. „Die habe ich genutzt“, sagt Aneth Lwakatare selbstbewusst.

Mission EineWelt

Mission EineWelt, Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission, ist eine Einrichtung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. In ihrem Auftrag pflegt es Beziehungen zu lutherischen Partnerkirchen in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Pazifik.

Polnische Lutheraner und Reformierte festigen ihre Zusammenarbeit

Im Januar 2012 fand in der lutherischen Sankt Trinitatiskirche zu Warschau die feierliche Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Evangelisch-Augsburgischen Kirche und der Evangelisch-Reformierten Kirche in Polen statt. In dem Abkommen wird die gegenseitige Mitwirkung der Kirchenmitglieder in der Schwesterkirche geregelt. So kann es vorkommen, dass reformierte Christen über keine eigene Gemeinde in ihrem Wohnort verfügen und die nächste Gemeinde eine lutherische ist. In einem solchen Fall sollen sie am Leben der Schwestergemeinde teilnehmen können.

Das Abkommen erlaubt in solchen Fällen den Personen das Abstimmen in der Gemeindeversammlung der Schwestergemeinde, z. B. im Fall der Wahlen der Kandidaten zum Pfarramt oder im Annehmen des Haushaltplans. Neben dem aktiven Wahlrecht erlaubt ihnen das passive Wahlrecht, dass sie auch in den Gemeindevorstand der Schwestergemeinde gewählt werden können. Die Möglichkeit, in den Diözesanvorstand gewählt zu werden, wird es allerdings nicht geben.



Die Unterzeichnung des Dokuments ist eine Reaktion auf die Diasporasituation, in der sich beide Kirchen in Polen befinden. Es ermöglicht eine vollberechtigte Mitwirkung beim Behalten der eigenen konfessionellen Identität. Die reformierte Kirche und die lutherische Kirche in Polen arbeiten seit Jahren im ökumenischen Bereich zusammen. Tendenzen, ein gemeinsames Konsistorium für beide Kirchen zu gründen, blieben aber erfolglos. Auch das Abkommen zielt nicht auf eine Union der beiden Kirchen. Beide Kirchen gehören aber zur Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa und stehen dadurch in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft.

Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen/FH

Pfr. Waldemar Pytel,
Synodenpräses der Ev.-Augsb.
Kirche, Bischof Jerzy Samiec,
Leitender Bischof der Ev.-Augsb.
Kirche, Bischof Marek Izdebski,
Leitender Bischof der Ev.-Ref.
Kirche und Dr. Witold Brodziński,
Synodenpräses der Ev.-Ref.
Kirche (v.l.n.r)

Ev. Kirche der Böhmisches Brüder in Tschechien Intensivseminar „Mehr als Fürsorge“ der theologischen Fakultät

Diesen Februar konnten 26 Studierende aus fünf Ländern Europas Prag hautnah erleben und gleichzeitig neue Wege organisierter Nächstenliebe entdecken. Die Teilnehmer des diakoniewissenschaftlichen Intensivseminars „Beyond the Social Services“ bekamen die einmalige Gelegenheit, inmitten der winterlichen Romantik Prags ihre Erfahrungen in Möglichkeiten und Grenzen gemeinschaftsorientierter Sozialer Arbeit zu erweitern und zu reflektieren.

Wege für aktuelle Herausforderungen finden, vergleichen und diskutieren waren wichtige Intentionen für das Seminar. Vorlesungen und Seminare drehten sich dabei um die Zugehörigkeit zu bestimmten Gemeinschaften wie der Kirche oder der Gesellschaft und welche Faktoren diese Zugehörigkeit begünstigen oder erschweren. Dazu wurde Bezug genommen auf die Idee und Umsetzung der Menschenrechte und des Wohlfahrtsstaats sowie deren ethische

und geschichtliche Hintergründe, jedoch ebenso auf die praktische Durchführung ressourcenorientierter Methoden.

Zusätzlich zur theoretischen Annäherung durch Vorlesungen wurden in interkulturellen Diskussionen Seminarinhalte vertieft und persönliche Erfahrungen ausgetauscht. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Norwegen, Deutschland, Estland, Tschechien und Finnland wurden so erkennbar. Präsentationen und Besuche von verschiedenen Einrichtungen Prags veranschaulichten außerdem diakonische Bemühungen am Beispiel Tschechiens. Natürlich durfte auch die kulturelle Seite Prags nicht fehlen. Lebhaftige Führungen zum vielseitigen Prager Schloss, nach Theresienstadt und ins jüdische Viertel rundeten die Exkursion ab. Bei Kaffeepausen und social evenings wurden zu guter Letzt Kontakte geknüpft und die lokale Küche erkundet.

Angelika Böttle

Erste Begegnungstagung der evangelischen Synoden in Europa

Zum ersten Mal in der Kirchengeschichte sind im Januar Delegierte der Synoden evangelischer Kirchen in Europa zu einer Tagung zusammengekommen. 70 Kirchenparlamentarier aus 14 Staaten wie den Benelux-Ländern, Österreich, der Schweiz, Ungarn, Polen und Tschechien diskutierten in Bad Boll über Menschenrechtsfragen und Migration, die Zukunft der Diakonie, die Mitwirkung von Laien in der evangelischen Kirche sowie das Verhältnis von Jugend und Kirche.

Zudem wollten die Delegierten die Vollversammlung der Gemeinschaft Europäischer Kirchen in Europa (GEKE) vorbereiten, die im

Herbst dieses Jahres in Florenz stattfinden wird.

Laut der württembergischen Synodalpräsidentin Dr. Christel Hausding sollte der Frage nachgegangen werden, „wie wir die evangelische Stimme in Europa deutlicher vernehmbar machen“ können. Das sieht Huzar Pal, Laienpräsident der Synode der Evangelisch-Reformierten Kirche in Ungarn, ebenso. Es gelte trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern eine evangelische Identität zu entwickeln, so Hausding. Sie wünscht sich „einen besseren Informationsaustausch und engere Absprachen“.

LK Württemberg

Lettische Kirchenzeitung Svētdienas Rīts wird fortgeführt

Das Jahr 2012 sollte eigentlich das Aus für die Kirchenzeitung Svētdienas Rīts (SR) bedeuten. So hatte es das Kapitel der Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands (ELKL) aufgrund der schwierigen finanziellen Situation beschlossen. Jetzt kann die Redaktion ihre Arbeit doch fortsetzen. Dank des Engagements der „Hilfsaktion Märtyrerkirche“ (HMK) und der Leserinnen und Leser der SR, darunter auch Unterstützer aus Deutschland, ist das Erscheinen für dieses Jahr gesichert.

Gleichzeitig hat die Redaktion die Chance genutzt um Änderungen im Inhalt und dem Format umzusetzen. So erscheint die Zeitung ab sofort in einem Journalformat und mit neuen Rubriken und Texten. Zugleich geht das Ringen um die Finanzierung im Jahr 2013 weiter. Svētdienas Rīts erscheint seit Januar 1920. 1940 wurde das Erscheinen der Zeitung, bedingt durch den Krieg und verschiedene Okkupationen, für 49 Jahre unterbrochen.

GAW/FH

Estnische Kirchenmedaille an drei Nordelbier: Zeichen großen Danks

Der Erzbischof der Estnischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (EELK), Andres Pöder, hat Oberkirchenrat Wolfgang Vogelmann, Kirchenoberbaudirektor Dr. Wilhelm Poser und Oberkirchenrat i. R. Dr. Henning Kramer, alle aus der Nordelbischen Kirche, mit der Zusammenarbeitsmedaille der EELK ausgezeichnet. Bei der Vergabezeremonie hat der Erzbischof seinen Dank an die Nordelbische Kirche für mehr als 20 Jahre Zusammenarbeit ausgesprochen: Die Partnerkirche habe immer die Esten und die Gemeinden mit Rat und Tat unterstützt.

Neben Bauprojekten unterstützt die Nordelbische Kirche die kirchlichen Einrichtungen der EELK mit Zuschüssen bei einzelnen Projekten, z. B. der Kinder- und Jugendarbeit oder dem Kirchenmusikverband.

Die Zusammenarbeitsmedaille der EELK wurde gegründet, um den Anteil der EELK bei dem Aufbau des Estnischen Staates zu betonen.



Bild: EELK, Arho Tuhku

Wolfgang Vogelmann und Wilhelm Poser mit den Medaillen

Aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit Estlands, vergibt die EELK die Dankmedaille an Partner, die die Kirche besonders unterstützt haben.

EELK/FH

Die lettische Webseite der SR finden Sie unter: www.dnk-lwb.de/sr

Auszüge in deutscher Übersetzung unter: www.dnk-lwb.de/srdt

Impressum

Herausgegeben vom Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) im Auftrag des LWB

verantwortlicher Redakteur:

Florian Hübner (FH)
DNK/LWB
huebner@dnk-lwb.de
Tel.: +49 (0) 551/2796-437
Fax: +49 (0) 511/2796-182
www.dnk-lwb.de/lwi

Grafik & Layout:

Noémia Hopfenbach
www.hopfenbach.com

Druck:

Druckhaus Harms
Groß Oesingen

Leben verändern, und Beziehungen aufzubauen, die die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden stärken“, schrieb Junge in seinem Glückwunschschreiben an Raheb.

Anlässlich des 20. Jubiläums des Medienpreises werden in diesem Jahr Personen geehrt, die sich im Stillen und ohne grosse Aufmerksamkeit der Medien für Frieden eingesetzt haben. Die Jury des deutschen Medienpreises sagte, dass Raheb für den Aufbau der Bildungs-, Gesundheitspflege- und Begegnungsprogramme der Gemeinde in Bethlehem geehrt werde.

Raheb ist Vorsitzender des Diyar Konsortiums und der Synode der ELKJHL. Zusammen mit anderen Gemeinde- und Bildungsdiensten erreichen die Gemeinde in Bethlehem und das Konsortium jährlich Tausende Personen und Familien in Jerusalem, in andern Teilen des Westjordanlandes und in Amman (Jordanien).

Junge sagte, Rahebs unermüdlicher Dienst als lutherische Führungsperson und als Friedensarbeiter seien Inspirationsquelle für diejenigen, die nach einer gerechten Lösung des Konflikts im Nahen Osten suchen.

„Ihre Bemühungen sind beispielhaft für den gewaltfreien Widerstand der ELKJHL gegen die Besetzung, ihre entschiedene Verpflichtung, friedliche Lösungen zu suchen, und ihre beharrliche Förderung von Toleranz und gegenseitiger Achtung von jüdischen, christlichen und muslimischen Menschen sowie zwischen Palästinenserinnen und Palästinensern einerseits und Israelis andererseits“, schrieb der LWB-Generalsekretär.



Die Förderung von Toleranz und gegenseitigem Respekt beginnt an der von der ELKJHL geführten Dar al-Kalima evangelisch-lutherischen Schule in Bethlehem, an der 40 Prozent der Lernenden christlich und 60 Prozent muslimisch sind, von klein auf: © ELKJHL/Elizabeth McHan

„Dieser Preis ist gerade deshalb bedeutend, weil er Ihren persönlichen Beitrag anerkennt und die Werte und das Zeugnis der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land, in der Sie dienen, ehrt.“

Junge lobte Rahebs Arbeit mit palästinensischen Jugendlichen und seine Bemühungen, qualitativ hochwertige Bildung und Berufsausbildung mit christlicher Perspektive zu entwickeln, die den Schwerpunkt auf Mitgefühl, Liebe und Vergebung legt.

„Ihre Arbeit hat dazu beigetragen, die Vision der ELKJHL von der Zukunft der Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Israelis zu gestalten, in der Selbstbestimmung, Würde, Freiheit, Wohlstand, Hoffnung und Versöhnung die Jahrzehnte des Konflikts und der Diskriminierung überstrahlen werden“, schrieb Junge.

Junge betonte den Beitrag der ELKJHL zur Auslegung der Vision

des LWB, die in den Mitgliedskirchen verwirklicht wird: „gemeinsam für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt [zu leben und zu arbeiten]“.

Der palästinensische Pfarrer wurde 2008 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Den Deutschen Medienpreis erhielten neben ihm auch Dr. Denis Mukwege aus der Demokratischen Republik Kongo, Stanislaw Petrow aus Russland und Dr. Sakena Yacoobi aus Afghanistan.

Die 3.000 Mitglieder umfassende ELKJHL trat dem LWB 1974 bei. Sie hat sechs Gemeinden in Jerusalem, Ramallah und der Region um Bethlehem, sowie eine in Amman (Jordanien). Die ELKJHL wird von Bischof Dr. Munib A. Younan geleitet, der auch Präsident des LWB ist.

25. Februar 2012

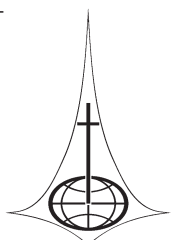
Honduranische Kirche fordert Untersuchung des schrecklichen Gefängnisbrandes

LWB unterstützt Forderung von LutheranerInnen nach Gerechtigkeit

Genf (LWI) – Die Christlich-Lutherische Kirche Honduras' (ICLH) hat sich schockiert und besorgt über die Brandkatastrophe im Zentralgefängnis Comayagua gezeigt und eine Untersuchung des Grossbrandes gefordert, bei dem am 14. Februar 350 Häftlinge ums Leben kamen.

Die Mitgliedskirche des Lutherischen Weltbundes (LWB) forderte die Behörden auf, die Katastrophe vollständig zu untersuchen und betete dafür, dass die Führung des Landes klug über die Wahrung der Rechte von Gefangenen entscheiden möge.

„Wieder einmal war ein honduranisches Gefängnis Schauplatz einer Tragödie; wir sind entsetzt über diese furchtbare Gefängnis Katastrophe. Das Wissen um die unsicheren Bedingungen, in denen die Häftlinge in unserem Land leben, löst bei uns tiefe Beunruhigung und Empörung





*Eine Frau wartet trauernd vor einer Leichenhalle in Tegucigalpa, um die sterblichen Überreste eines Angehörigen in Empfang zu nehmen, der bei der Brandkatastrophe in Comayagua ums Leben kam.
© Reuters/Jorge Lopez, mit Genehmigung von Trust.org – AlertNet*

aus“, erklärte Pfr. José Martín Girón, Präsident der ICLH, nach der Katastrophe in einer Pressemitteilung.

Die Kirche bat um internationale Unterstützung bei ihrem Eintreten für die Rechte der HonduranerInnen, die zusätzlich zu den Sorgen ihres täglichen Lebens immer wieder neue Tragödien erleiden müssen.

„Als Kirche erheben wir unsere Stimme im Kampf für Gerechtigkeit, an der es so schmerzlich mangelt in unserem geliebten, leidenden Honduras“, sagte Girón.

Die Generalsekretärin der ICLH, Rubi Flores, bedauerte die Tatsache, dass das mittelamerikanische Land

weiterhin von einer Katastrophe in die nächste schlittere. Dazu gehören auch die Verletzung der Menschenrechte und tägliche Morde.

Vier Tage nach der Brandkatastrophe im Gefängnis von Comayagua zerstörte ein Brand auf dem Markt von Comayagüela die Lebensgrundlage vieler Menschen, darunter auch LutheranerInnen, fügte sie in einem Brief an Partnerkirchen und -organisationen hinzu.

Die Kirche sei dankbar für die vielen Solidaritätsbekenntnisse aus aller Welt, erklärte Flores.

„Wir bitten Sie darum, Honduras und die ICLH weiter in Ihr Gebet

einzuschließen, damit es uns gelingt, die Menschen mit angemessenen Massnahmen zu unterstützen, da wir unsere Arbeit trotz dieser schrecklichen Ereignisse fortführen“, sagte sie.

Die Unterstützung kommt insbesondere von der Gemeinschaft der lutherischen Kirchen in Mittelamerika. Vergangene Woche schloss sich die Synode der Salvadorianischen Lutherischen Kirche der Forderung an, die Brandkatastrophe gründlich zu untersuchen, und betonte die Notwendigkeit umfassender Gerechtigkeit.

Die Kirche, die Mitglied des LWB ist, bedauerte, „dass erst ein solches Unglück geschehen musste, damit wir auf so gravierende Probleme reagieren, die regelrechte Zeitbomben sind“.

Pfarrerin Dr. Patricia Cuyatti, Gebietsreferentin für Lateinamerika und die Karibik in der Abteilung für Mission und Entwicklung, betonte, dass der gesamte LWB die ICLH bei der Seelsorge und in ihrem Kampf um Gerechtigkeit für die Menschen in Honduras entschieden unterstütze.

„Lutheranerinnen und Lutheraner in aller Welt beten weiterhin dafür, dass sich die Situation in Honduras ändert, und sie begleiten die honduranische Kirche bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, den Menschen bei solchen dramatischen Ereignissen beizustehen“, erklärte Cuyatti.

2. März 2012

„Von möglicher Verarmung zu Samenkörner der Nachhaltigkeit“

LWB-Teilnehmerinnen an UN-Sitzung geben Landfrauen aus aller Welt eine Stimme

New York (USA)/Genf (LWI) – Landfrauen aus aller Welt säen in ihren Gemeinschaften Samenkörner der Hoffnung. Das war die Botschaft der Frauen des Lutherischen Weltbundes (LWB), die sich im Vorfeld der 56. Sitzung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau (UN CSW), die vom 27. Februar zum 9. März stattfand, in New York versammelt hatten.

Daniele Schmidt Peter von der Evangelischen Kirche Lutherischen Be-

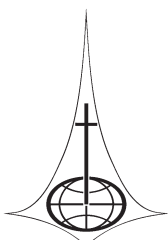
kenntnisses in Brasilien (IECLB) sagte, Ziel der lutherischen Frauen sei, sich mit anderen Frauen in Verbindung zu setzen, von ihnen zu lernen und durch ihre Handlungen gestärkt zu werden.

„Wir müssen die Projekte nachhaltiger Entwicklung dahingehend überdenken, dass sie Frauen und Jugendliche miteinbeziehen. Als Menschen, die mit der Arbeit der Landfrauen verbunden sind, haben wir hier als Zivilgesellschaft grosses Potential zu handeln, zu diskutieren, zu organisieren und uns bei

unseren Regierungen stark zu machen“, so Schmidt Peter.

Die Landfrauen kennen sich aus mit Saatgut und mit einer Landwirtschaft ohne Chemikalien, so wie sie früher praktiziert wurde, sagte sie. Zusätzlich plädierte Schmidt Peter für Bildungsprogramme, die zur Veränderung der ländlichen Gemeinschaften beitragen sollen und auch eine stärkere Beteiligung der Frauen beinhalten.

Die UN CSW wurde 1946 als eine Fachkommission des UN-Wirt-



schafts- und Sozialrats gegründet und tagt einmal im Jahr. Das diesjährige Tagungsthema ist „Die Ermächtigung der Landfrauen und ihre Rolle in der Beseitigung von Armut und Hunger, in der Entwicklung und den gegenwärtigen Herausforderungen“.

Rund 300 Nichtregierungsorganisationen und 4.000 Teilnehmende versammelten sich in New York, um die Lebensgeschichten von Frauen und Mädchen in aller Welt zu erzählen. Lutherische Frauen aus Brasilien, Kamerun und den Vereinigten Staaten boten eine Veranstaltung zum Thema „Von möglicher Verarmung zu Samenkörnern der Nachhaltigkeit“ an.

Eine Gabe der Gemeinschaft

Auf der Veranstaltung, die von dem Lutherischen Büro für Weltgemeinschaft (LOWC), einem gemeinsamen Dienst des LWB und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA) bei den Vereinten Nationen, gesponsert wurde, unterstrich Jeanette Ada Maina von der Evangelisch-Lutherischen Kirche Kameruns (EELC) die Rolle der Landfrauen in der Entwicklungsarbeit.

„Für mich ruht die Hoffnung auf jegliche Entwicklung im ländlichen Raum auf den Frauen, insbesondere den Landfrauen“, sagte Ada. „Sie spielen in der Entwicklung eine grundlegende Rolle. Ausserdem sorgen die Landfrauen für viele Menschen. Die Erzeugnisse ihrer Farmen ernähren nicht nur ihre Familien, sondern auch unsere.“

„Sie sorgen also für unser Leben und wir sind es ihnen schuldig, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Manche sagen, diese Frauen wären stimmlos. Niemand ist stimmlos. Wir müssen einen Raum schaffen, dass sie ihre Sichtweisen zum Ausdruck bringen können“, forderte sie.

LWB-Ratsmitglied Mikka McCracken von der ELKA sagte, das Treffen der lutherischen Frauen bei der UNO sei ein „lebendiges Zeugnis unseres Lebens in der LWB-Gemeinschaft“.

McCracken fügte hinzu: „Das Geschenk der Kirchengemeinschaft an die UN CSW ist der Reichtum der

Lebensgeschichten von Landfrauen, die nicht nur in ihren Familien und Gemeinschaften, sondern auch innerhalb und mit den Kirchen tätig sind.“

UN-Frauen

Michelle Bachelet, Exekutivdirektorin von UN-Frauen, bekräftigte die Rolle, die Frauen in der Bekämpfung von Armut und Hunger spielen, und rief die Frauen eindringlich auf, den Aufruf aufzugreifen. „Frauen spielen eine zentrale Rolle für die Beendigung von Armut und Hunger. Wir können das nicht alleine tun. Wir sind von euch abhängig.“

Im Anschluss an Bachelets Appell erklärte sich eine Gruppe von Frauen der ELKA bereit, die Schnittpunkte von Hunger, Armut, Geschlechtergerechtigkeit und Advocacy zu untersuchen. „Lasst uns diesen Appell in der LWB-Gemeinschaft und all unseren Mitgliedskirchen aufgreifen“, rief McCracken die Teilnehmenden auf.

Christine Mangale, Direktionsassistentin im LOWC, die ursprünglich aus der Kenianischen Evangelisch-Lutherischen Kirche kommt und Mitglied von „Ecumenical Women“ ist, unterstrich die Bedeutung der Beteiligung der LWB-Frauen an den UN-Tagungen.

„Wir warten das ganze Jahr darauf, dass diese Frauen kommen und den Vereinten Nationen Lebendigkeit

und ihre Geschichten bringen“, sagte Mangale.

Mit Blick auf das Treffen in New York sagte Pfarrerin Dr. Elaine Neuenfeldt, Referentin für Frauen in Kirche und Gesellschaft (FKG) in der LWB-Abteilung für Mission und Entwicklung (AME), dass die Ermächtigung der Frauen einen Verwandlungsprozess der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern voraussetze, welche ein System von Vorrecht und Unterdrückung schafften. Sie betonte deshalb die Notwendigkeit, Bewusstsein für die Unterordnung der Frauen zu schaffen und dann die Fähigkeit aufzubauen, diese Systeme anzufechten und zu verwandeln.

„Sollen Frauen ermächtigt werden, so brauchen sie Information, damit sie Zugang zur Macht finden können und so die ausschliessende Art und Weise, wie über Land und Wirtschaftsrechte verfügt wird, verändern können. Mit den passenden Hilfsmitteln ausgestattet, können Frauen ihre Staatsbürgerschaft ausüben, egal wo sie leben. Sie sind die Akteurinnen des eigenen Wandels“, fügte Neuenfeldt hinzu.

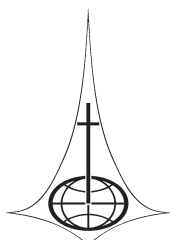
Lesen Sie mehr über die Arbeit des LWB mit Frauen:

www.lutheranworld.org/lwf/index.php/tag/women?lang=de

6. März 2012



V.l.n.r.: Jeannette Ada Maina (EELC), Jessica Arneson (ELKA), Daniele Schmidt Peter (IECLB) und Irma Rodriguez-León (ELKA), während einer Veranstaltung zum Thema Ermächtigung der Landfrauen, anlässlich der 56. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau, New York, USA. © ELKA/Kate Gaskill



Behandlung von Symptomen und Ursachen

LWB leistet Nothilfe und bekämpft Ursachen der Armut im Südsudan

Juba, Südsudan /Genf – In der südsudanesischen Mittagshitze haben LWB-MitarbeiterInnen sich zusammengesetzt und diskutieren, was zu tun ist. Ein Lastwagen hat mehrere Stunden Verspätung. Er soll eine weitere Ladung Hilfsgüter transportieren, die am nächsten Tag verteilt werden sollen.

„Wenn wir weiter auf ihn warten, kommen die Hilfsgüter morgen nicht an“, sagt Manyok Ajangdit, ein Programmbeauftragter, der von Panyagor im Bundesstaat Jonglei aus arbeitet.

Ajangdit stammt aus der Stadt, in der die Kits verteilt werden sollen. Er kennt das Gebiet und die dort lebenden Menschen gut. Die meisten in Panyagor stationierten MitarbeiterInnen kommen aus den umliegenden Gebieten und sammeln ständig Informationen über alles - vom Zustand der Strassen bis hin zur Sicherheitslage.

Am späten Nachmittag beschliessen Ajangdit und sein Kollege John in die Stadt zu gehen und einen anderen Lastwagen für den Transport der restlichen Hilfsgüter zum Verteilungspunkt in Duk Padiet zu mieten. Solange nicht alle Kits dort angelangt sind, kann es zu Verzögerungen bei der Verteilung kommen und die Menschen müssten einen weiteren Tag auf dringend benötigte Dinge warten.

Unterstützung der Bedürftigsten

Wenn grosse Mengen verzweifelter Menschen in Katastrophensituationen zusammenkommen, kann es bei ungerechten Verteilungsaktionen zu Ausschreitungen und Chaos kommen. Die lokalen Behörden haben die zentrale Aufgabe, die Menschen, die am dringendsten Hilfe benötigen, zu identifizieren, aber sie müssen gut organisiert sein, um sicherzustellen, dass die Hilfe tatsächlich bei diesen Menschen ankommt.

Am nächsten Morgen stehen die MitarbeiterInnen schon vor Tagesanbruch für die dreistündige Fahrt



*Der LWB hilft Menschen wie dieser Frau, die bei den jüngsten Angriffen ihr Haus und all ihren Besitz verloren haben, wieder Fuss zu fassen.
© LWB/Melany Markham*

nach Duk Padiet auf. Eine Nachtfahrt ist zu gefährlich, deshalb fahren sie erst los, als die Sonne aufgeht. Sie frühstücken im Lastwagen – eine Tasse Tee und geröstetes Brot. Gegen 10 Uhr kommen sie in Duk Padiet an und kontrollieren, ob die bereits gelieferten Hilfsgüter, die über Nacht in einem bewachten Gebäude gelagert wurden, noch alle da sind. Nachdem sie die Säcke gezählt und festgestellt haben, dass alles in Ordnung ist, kann die Verteilung beginnen.

Alle sitzen im Schatten eines riesigen Baumes, während die Behördenvertreter Namen aufrufen. Die Aufgerufenen stehen auf, holen ihr Kit aus dem Lager ab und quittieren den Empfang mit einem Fingerabdruck, den sie neben ihren Namen setzen. Gegen 14 Uhr haben die meisten ihr Hilfspaket erhalten. Da die MitarbeiterInnen vor Einbruch der Dunkelheit wieder zurück in ihrer Basisstation sein müssen, wollen sie sich um 15 Uhr wieder auf den Weg machen.

Es ist mindestens 40° warm und obwohl die MitarbeiterInnen an die

Hitze gewöhnt sind, trinken sie auf dem Rückweg alle viel Wasser. Sie fahren mit offenen Fenstern, aber der Fahrtwind bringt wenig Abkühlung.

Als sie gegen 17 Uhr in Panyagor ankommen, sind sie zufrieden und erleichtert. Sie haben bereits einen Zehn-Stunden-Tag hinter sich, aber die Arbeit ist noch nicht beendet. Sie müssen sich beim Hauptsitz in Juba zurückmelden, Berichte schreiben, E-Mails beantworten und laufende Entwicklungsprojekte weiterbetreuen, bevor ihr Arbeitstag offiziell zu Ende ist.

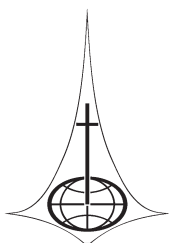
Symbol von Wohlstand

Die Ursache dieser Notsituation ist letztlich dieselbe, die in vielen Teilen der Welt Gewalt und Konflikte anheizt: Armut und Ungleichheit. Viehdiebstähle, bei denen Häuser niedergebrannt, Menschen getötet und Kinder entführt werden, haben seit Dezember letzten Jahres stark zugenommen.

Mary Obara stammt aus dem benachbarten Kenia, arbeitet aber bereits seit drei Jahren im Südsudan. Als LWB-Programmkoordinatorin ist sie mit der sudanesischen Kultur der Viehhaltung vertraut. Veränderungen herbeizuführen, wird ihrer Meinung nach schwer sein.

Vieh sei im Südsudan ein Symbol von Wohlstand, erklärt sie und führt den gegenwärtigen Konflikt auf die völlig unzureichende Grundversorgung zurück. „Einen Wandel in der Kultur der Viehhaltung wird es nur im Rahmen von Entwicklungsschritten insgesamt geben“, betont sie.

Dies ist der Hauptgrund dafür, dass der LWB im Südsudan seit einer Reihe von Jahren Programme in den Bereichen Ausbildung, Ernährungsicherheit und Wasserversorgung durchführt. Diese Programme verfolgen das Ziel, zur Entwicklung der verarmten ländlichen Gemeinschaften beizutragen, in denen Viehdiebstahl an der Tagesordnung ist. Um den



Menschen in Jonglei Alternativen zur Viehzucht zu geben, wird der LWB in diesem Jahr gross angelegte landwirtschaftliche Projekte initiieren.

Gewalt ist nicht der einzige Grund dafür, dass die Menschen im Südsudan von der Viehzucht zu anderen Formen der Landwirtschaft übergehen. Krankheiten wie die Maul- und Klauenseuche töten viele Rinder. Obara ist überzeugt, dass die Bauern einen Grossteil ihrer Herden verlieren werden, wenn es zu starken Klimaveränderungen kommt.

Der Konflikt, der zur aktuellen Notsituation geführt hat, hat Ursachen, die weit zurückreichen und die nicht mit Nothilfe gelöst werden können, egal wie umfassend sie ist. Langfristig gesehen tragen die LWB-Programme jedoch dazu bei,



LWF-Mitarbeiter in Bor laden Säcke mit Hilfsgütern auf einen Lastwagen, der nach Duk Padiet fahren wird, wo viele Menschen nach der Zerstörung ihrer Häuser und Lebensgrundlagen durch Viehdiebe Zuflucht gesucht haben. © LWB/Melany Markham

der Bevölkerung in Jonglei und in anderen Bundesstaaten einen Weg aus der Armut und zu einer anderen Lebensweise zu zeigen.

Langfristige Auswirkungen des Konflikts auf das Bildungssystem im Südsudan

Im Südsudan gibt es einen Bildungshunger, der überall, wo man hinkommt, spürbar ist. Junge Menschen nehmen Wege von mehreren hundert Kilometern auf sich, um die Schule oder Universität besuchen zu können. Alte Menschen bitten BesucherInnen in den ärmsten Gebieten des Landes um Essen, aber junge Menschen fragen, ob sie ein Stipendium bekommen können.

Gewaltsame Konflikte bringen es mit sich, dass Bildungssysteme weitgehend zerstört werden und die betroffene Bevölkerung sich die für ihr Überleben notwendigen Fähigkeiten aneignet, aber nicht die Kenntnisse erwerben kann, die zum Aufbau ihres Landes notwendig sind. Wenn ein Land sich in der Übergangsphase vom Krieg zum Frieden befindet, kommt der Ausbildung daher eine wichtige Katalysatorfunktion zu.

Allerdings stirbt niemand, weil er nicht zur Schule gegangen wäre. Deshalb scheinen überlebensnotwendige Güter oder Strukturen – Nahrung, Wasser, Unterkünfte oder Gesundheitsversorgung – in einer Notsituation oft sehr viel dringender als der Bau von Schulen. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich Bildung zu einem integralen Bestandteil der Nothilfe entwickelt.

1996 verfasste Graça Machel, eine internationale Verteidigerin der Rechte der Kinder, im Auftrag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen eine wegweisende Studie mit dem Titel „Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder“, in der sie beschrieb, in welcher Weise solche Konflikte Kindern nicht nur körperlichen, sondern auch sozialen und emotionalen Schaden zufügen. Die kognitive Entwicklung von Kindern leide im Krieg, weil die Aneignung von Fähigkeiten, wie Lesen, Rechnen und kritisches Denken verzögert werde.

Schulhindernisse

Elbeah Kashemba ist 26 Jahre alt und hat trotz ungünstigster Bedingungen die Sekundarschule abgeschlossen. Gegenwärtig setzt er alles daran, sein Studium der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen fortzusetzen.

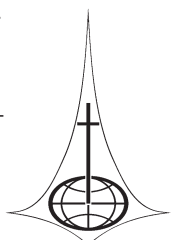
Begonnen hat er sein Studium an einer Universität in der Nähe seines Heimatortes im Nubagebirge, das in dem umkämpften Gebiet im Norden des Südsudan liegt. Vor mehr als sechs Monaten, als sein Dorf von der sudanesischen Armee bombardiert wurde, floh er nach Juba.

Zusammen mit vierzig anderen Studierenden lebt er jetzt in einer provisorischen Unterkunft und versucht, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten und gleichzeitig sein Studium fortzusetzen.

„Ich brauche Geld für Studiengebühren, Unterkunft und Lebensunterhalt und meine Familie im Nubagebirge kann mir nicht helfen“, berichtet er. Insgesamt sind es 135 Studierende, die genau wie er versuchen, ihre Ausbildung in Juba fortzusetzen.

Der Lutherische Weltbund (LWB), ein Gründungsmitglied des ACT-Bündnisses, hat Kashemba und seine Gruppe mit einer einmaligen Zuwendung für lebensnotwendige Güter unterstützt – Nahrungsmittel, Decken, Küchenutensilien und Materialien für den Bau ihrer Hütten –, aber diese jungen Menschen werden mehr Hilfe benötigen, wenn es ihnen gelingen soll, ihr Studium abzuschliessen.

Gruppen wie Kashemba und seine Freunde gibt es viele. Einige sudanesischen Jugendliche machen sich ohne ihre Eltern auf den Weg ins benachbarte Uganda oder Kenia, um die Schule oder Universität besuchen zu können. Während des Krieges gelangten viele von ihnen bis zum Flüchtlingslager Kakuma (Kenia), das ca. 380 Kilo-





Mandi ist vor den gewaltsamen Konflikten im Nubagebirge im Norden des Südsudan geflohen und setzt ihr Studium in Juba fort. © LWB/Melany Markham

meter von Juba entfernt liegt und vom LWB geleitet wird. In den letzten sechs Monaten sind jeden Tag bis zu 150 Flüchtlinge aus dem Südsudan in Kakuma angekommen.

Schulbau auf lokaler Ebene

Aber für Kinder und ihre Familien ist es keine gute Lösung, wenn für die Ausbildung weite Reisen zurückgelegt werden müssen. Idealerweise sollten Schulen in der Nähe von Städten und Dörfern liegen, in denen die Menschen leben. In den letzten Jahren hat der LWB 13 Schulen in sehr abgelegenen Gebieten gebaut und damit einen Beitrag dazu geleistet, dass mehr Kinder eingeschult werden können.

Die vom LWB erbauten Gebäude sind robuster gebaut als die traditionellen Häuser und werden bei Konflikten weniger schnell zerstört, was bedeutet, dass die Kinder nach Überfällen bald wieder zur Schule gehen können. Bei einem der jüngsten Viehdiebstähle in Duk Padiet wurde das mit Beton gebaute und mit Blech überdachte

Schulgebäude im Gegensatz zu den traditionellen Gras- und Lehmhütten des Ortes nicht durch einen Brand zerstört.

Die Viehdiebe brachen in ein Klassenzimmer ein und zerstörten Schulbücher, Übungshefte und Tafeln, aber dabei handelte es sich, im Vergleich zu einem abgebrannten Gebäude, um eher geringfügige Schäden, die leicht ersetzt werden können. Bevor die Schule Mitte Februar wieder anfängt, wird alles neu gekauft worden sein.

Aber trotz aller Anstrengungen von jungen SudaneseInnen und Nichtregierungsorganisationen wie dem LWB gibt es im Südsudan nach wie vor 1,3 Millionen Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen.

Das Land steht an zweitletzter Stelle auf der internationalen Rangliste der Nettoeinschulungsquote im Primarschulbereich und nimmt weltweit die letzte Position bei Einschulungen im Sekundarschulbereich ein, wie aus einem im letzten Jahr veröffentlichten Bericht der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) hervorgeht.

Für Mädchen ist die Lage äußerst schwierig. Im Südsudan ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mädchen im frühen Teenageralter an den Folgen einer Schwangerschaft oder Geburt stirbt, dreimal so hoch wie die, dass es die achte Klasse erreicht.

Fehlende Ausbildung setzt einen Teufelskreis in Gang, denn sie hat zur Folge, dass nicht genügend qualifizierte Lehrer und Lehrerinnen angestellt werden könnten. Nach dem UNESCO-Bericht muss eine einzige Lehrkraft in einigen Teilen des Landes bis zu 100 SchülerInnen unterrichten.

Bildung ist für den Südsudan – das Land mit der weltweit jüngsten Bevölkerung – nicht nur aus praktischen Gründen von grundlegender Bedeutung. Der Gründungsvater des Landes, Dr. John Garang, hat stets betont, dass Bildung die Eigenständigkeit fördere, mehr Wahlmöglichkeiten schaffe und zur Verteilung des Wohlstands führe.

Bildung wird den Friedensprozess unterstützen und wenn Garangs dauerhaftes Vermächtnis ein Südsudan soll, der die im Juli 2011 errungene Unabhängigkeit verteidigt und im Frieden lebt, dann muss das Bildungssystem weiter verbessert werden.

(Alle Beiträge dieses Abschnitts wurden von Melany Markham in Juba, Südsudan, für die LWI geschrieben.)

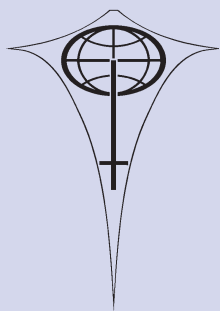
Lesen Sie mehr über das Engagement des LWB im Südsudan:

[www.lutheranworld.org/
lwf/index.php/tag/southern-
sudan?lang=de](http://www.lutheranworld.org/lwf/index.php/tag/southern-sudan?lang=de)

Aktuelle Informationen unter:

[http://lwfworldservice.
wordpress.com/](http://lwfworldservice.wordpress.com/)

27. Februar 2012



Herausgegeben von:
Deutsches Nationalkomitee
des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover, Deutschland
Tel. 0511/2796-437
Fax 0511/2796-182
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org